

Bodenreform: Protest vor dem Landtag

Demonstranten verlangen vom Land aktive Suche nach Erben

■ VON GUDRUN MALLWITZ

POTS DAM – Vor dem Potsdamer Landtag haben gestern rund 50 Menschen gegen die in ihren Augen unzureichenden Konsequenzen aus der Bodenreform-Affäre von 2007 demonstriert. „Wir fordern vom Land Brandenburg unsere bezahlten, enteigneten Bodenreformgrundstücke zurück“ oder auch „Mehr Transparenz: Sucht endlich die Erben“, stand auf den mitgebrachten Transparenten zu lesen. Zur Demo aufgerufen hatte die „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ und der Bund der Neusiedler-Erben. Die Opferverbände werfen der Landesregierung Untätigkeit vor und fordern, dass sie die rechtmäßigen Erben der etwa 10 000 Grundstücke, die das Land zu Unrecht an sich selbst übertragen ließ, von privaten Erbenermittlern suchen lässt.

Das Land hatte bis zum Ablauf einer Verjährungsfrist am 2. Oktober 2000 in rund 7400 Fällen Bodenreformland an sich selbst übertragen, weil für die Flächen keine Erben bekannt waren. Der Bundesgerichtshof bezeichnete diese Praxis im Dezember 2007 als sittenwidrig. Ein Untersuchungsausschuss beleuchtete inzwischen die Vorgänge. „Die rot-rote Koalition verschleppe ganz bewusst die

Rückgabe der Flächen“, sagte der Sprecher der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE), Manfred Graf von Schwerin. „Es kommt das Gefühl auf, dass die Landesregierung die Thematik aussitzen will.“

Das Finanzministerium weist den Vorwurf der Untätigkeit zurück. Das Land habe nach dem Gerichtsurteil Aufrufe in mehreren Zeitungen gestartet und eine eigene Hotline gestartet. „Sobald sich berechnete Erben melden, werden sie im Grundbuch eingetragen“, sagte die Sprecherin Ingrid Mattern gestern. „Von Untätigkeit kann keine Rede sein.“ Bis zum 30. September 2010 seien beim Land Brandenburg rund 5900 Anrufe und etwa 2300 Anschreiben eingegangen.

Laut Ministeriumssprecherin stellte das Land bis jetzt 2796 Anträge auf eine Korrektur des Grundbucheintrages. Dazu kämen 295 gestellte Anträge auf Grundbuchberichtigung gemeinsam mit den Erben oder für sie bestellten Pflägern. Davon entsprachen die Grundbuchgerichte bis jetzt 2118 Anträgen auf Berichtigung wegen Unrichtigkeit und weiteren 282 gemeinsamen Anträgen des Landes mit den Erben/bestellten Pflägern. In 210 Fällen wurden Anträge durch die Grundbuchgerichte abschlägig beschieden.

In 711 Fällen wurde der Besitz an den Grundstücken an die Erben oder deren Pfleger oder sonstige gesetzliche Vertreter zurück übertragen. „Das betrifft 321 Fälle, in denen sich die Erben beim Brandenburgischen Landesbetrieb meldeten, 202 Fälle, in denen die Erben auf andere Weise bekannt wurden, und 188 Fälle, in denen Pfleger oder andere gesetzliche Vertreter bestellt wurden“, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums.

Der CDU-Abgeordnete und Obmann im 2009 beendeten Bodenreform-Untersuchungsausschuss, Dierk Homeyer, hat der SPD vorgeworfen, keine Lehren aus der Affäre zu ziehen. Homeyer kritisierte gestern Äußerungen der neu gewählten Vorsitzenden der Enquetekommission des Landtags, Susanne Melior. Die SPD-Politikerin hatte Forderungen nach der Einsetzung professioneller Erbenermittler zurückgewiesen. Für den Potsdamer Anwalt Thorsten Purps hingegen besteht der Verdacht, dass das Land die Sache „unter den Teppich kehren“ und die Ländereien im Wert von rund 90 Millionen Euro „schlucken“ wolle. Auf Drängen der Opposition soll sich auch die Enquetekommission des Landtags zum Umgang mit der DDR-Geschichte mit der Bodenreform befassen. *mit dpa*

Bot. Maxpost v. 28. 10. 10